

Gesetzentwurf

der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Volker Beck (Köln), Birgitt Bender, Katja Dörner, Kai Gehring, Ingrid Hönlinger, Memet Kilic, Sven Kindler, Maria Klein-Schmeink, Markus Kurth, Beate Müller-Gemmeke, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Tabea Rößner, Christine Scheel, Dr. Harald Terpe, Wolfgang Wieland, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 18.6.2009 über das Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen

A. Problem

Die erheblichen Zweifel an der Effektivität und Verhältnismäßigkeit des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen durch Sperrung entsprechender Inhalte im Internet sind noch weiter gestiegen. Auch die Bundesregierung demonstriert durch das von ihr verhängte einjährige Anwendungsmoratorium, dass sie einschneidende Bedenken hinsichtlich des Gesetzes hat. Mittlerweile wird das Gesetz von großen Teilen des Deutschen Bundestages – die ihm ursprünglich zugestimmt haben – nicht mehr getragen. Es hat sich weitgehend die Überzeugung durchgesetzt, dass dieses Gesetz einerseits nicht geeignet ist, das Auftreten von Internetseiten mit kinderpornographischen Inhalten im Netz effektiv zu bekämpfen und es andererseits unverhältnismäßig in Grundrechte eingreift. Außerdem bestehen bezüglich des Gesetzes verfassungsrechtliche Bedenken, welche die antragstellende Fraktion und zahlreiche Experten hinsichtlich der Verwaltungs- und Gesetzgebungskompetenz des Bundes wiederholt geäußert haben, fort. Diese Bedenken hat gegenwärtig der Bundespräsident, der das Gesetz noch nicht ausgefertigt hat, zu prüfen. Da für das damals beschlossene Gesetz voraussichtlich keine Mehrheit im Deutschen Bundestag mehr besteht, ist es angezeigt, dass die Wirkungen des Gesetzesbeschlusses vom 18.6.2009 aufgehoben werden.

B. Lösung

Die Aufhebung des Gesetzesbeschlusses erfolgt durch Gesetz, da der *actus contrarius* auch hinsichtlich der Beteiligung des Bundesrates die gleichen Anforderungen erfüllen muss, die für das Zustandekommen des Gesetzes erforderlich waren.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 18.6.2009 über das Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zur Aufhebung des Beschlusses des Deutschen
Bundestages vom 18.6.2009 über das
Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie
in Kommunikationsnetzen**

Der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 18.6.2009 zum Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen (Plenarprotokoll 16/227, S. 25165) wird aufgehoben. Dieses Gesetz hat sich erledigt.

Berlin, den 9. Februar 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Es hat sich – auch vor dem Hintergrund, dass das Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen unverhältnismäßig in Grundrechte eingreift – innerhalb des Deutschen Bundestages weitgehend die Überzeugung durchgesetzt, dass das Gesetz nicht geeignet ist, das Auftreten von Internetseiten mit kinderpornographischen Inhalten im Netz effektiv zu bekämpfen, vielmehr eine Fokussierung auf eine Weiterentwicklung effektiver, mehrdimensionaler Bekämpfungsstrategien notwendig wäre.

Daneben bestehen die verfassungsrechtlichen Bedenken, welche die antragstellende Fraktion und zahlreiche Experten hinsichtlich der Verwaltungs- und Gesetzgebungskompetenz des Bundes bezüglich des Gesetzes wiederholt geäußert haben, fort. Diese Bedenken hat gegenwärtig der Bundespräsident, der das Gesetz noch nicht ausgefertigt hat, zu prüfen. Auch um dem Bundespräsidenten diese Prüfung zu ersparen, ist es angezeigt, dass die Wirkungen des Gesetzesbeschlusses vom 18.6.2009 aufgehoben werden, da für das damals beschlossene Gesetz voraussichtlich keine Mehrheit mehr besteht.

Die Aufhebung des Gesetzesbeschlusses erfolgt durch Gesetz, da der *actus contrarius* auch hinsichtlich der Beteiligung des Bundesrates die gleichen Anforderungen erfüllen muss, die für das Zustandekommen des Gesetzes erforderlich waren. Zwar ist ein Gesetz im eigentlichen Sinne erst existent mit seiner Verkündung (vgl. Handbuch der Rechtsförmlichkeit, 3. Auflage; Rn. 438), die im vorliegenden Falle noch fehlt. Bereits das hier vorliegende Zustandekommen des Gesetzes nach Artikel 78 des Grundgesetzes (GG) begründet jedoch für den Bundespräsidenten – vorbehaltlich seines verfassungsrechtlichen Prüfungsrechtes – grundsätzlich die Pflicht das Gesetz auszufertigen (Artikel 82 Absatz 1 GG). Angesichts des Grundsatzes der Unverrückbarkeit des parlamentarischen Votums kann die Aufhebung dieser Wirkungen nur im Wege des Gesetzes geschehen. Deshalb wird dieser Weg beschritten, den der Deutsche Bundestag auch in der Vergangenheit schon gegangen ist (siehe Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsstellung von Abgeordneten vom 15. Dezember 1995, BGBl. I S. 1718). Da das mit dem vorliegenden Gesetz für erledigt erklärte Gesetz noch nicht verkündet worden ist, wurde auf eine Regelung zum Inkrafttreten verzichtet; im Übrigen ist aber die Auffangregelung des Artikels 82 Absatz 2 GG anwendbar.

